

Politisch neutral mit Christian Lindner



Bis hier und nicht weiter: Der Campus bleibt politisch neutral, mit Ausnahme von Christian Lindner. (Foto: caro)

Kurz vor den Landtagswahlen in NRW am 14. Mai wollte der AstA der Universität Duisburg-Essen (UDE) eine Podiumsdiskussion mit verschiedenen Parteivertreter*innen veranstalten – zunächst ohne Erfolg. Unverständnis seitens der Studierendenvertretung traf auf Richtlinien der Universität. Warum auch FDP-Spitzenkandidat Christian Lindner in den Fokus geriet und wie ein Ausweg gefunden wurde, lest ihr hier.

Studierenden ermöglichen, „sich vor der anstehenden Landtagswahl noch einmal über Parteiprogramme der einzelnen Parteien zu informieren und auch im direkten Gespräch fragen stellen zu können“. Das war die Idee hinter der Veranstaltung, erklärt Katharina Herbrich (Antihelden), Referentin für Hochschulpolitik und politische Bildung. Auf eine Vertretung der AfD sollte verzichtet werden. Man sei sich einig gewesen, dass „(...) eine sachliche Diskussion mit Vertreter*innen von Parteien, welche für populistische Aussagen bekannt sind“, nur schwer zu führen sei, so Herbrich.

Nicht ohne die AfD

Laut der „Richtlinien zur Vergabe von Räumen“ der Universität ist in § 2 Absatz 4 festgelegt: „Aus Gründen der parteipolitischen Neutralität der Universität sind Veranstaltungen von politischen Parteien [...] im Universitätsbereich grundsätzlich

nicht gestattet. [...] Der Besuch von Wahlbewerber*innen ist in einem Zeitraum von drei Monaten vor einer Landtags-, Bundestags- oder Europawahl nicht gestattet.“ Deshalb habe das Gebäudemanagement die Durchführung einer solchen Veranstaltung abgelehnt. Auch ein Vortrag des parteilosen Soziologen Andreas Kemper zu Strategien gegen rechten Populismus und die AfD, der vom Referat für Hochschulpolitik organisiert werden sollte, wurde aus selbigen Gründen nicht gestattet.

Zugestimmt hätte man einer Podiumsdiskussion, erläutert Herbrich, wären „Vertreter*innen aller zur Landtagswahl NRW zugelassenen Parteien“ eingeladen worden. Das hätte eine Runde mit 31 Teilnehmenden bedeutet. „Eine derartige Veranstaltung entspräche allerdings nicht dem geplanten Veranstaltungsformat und wäre in unseren Augen nur schwer realisierbar“, führt sie fort. Bereits an der Universität zu Köln sowie der Technischen Universität Dortmund (akduell berichtete) waren ähnliche Veranstaltungen mit Beteiligung der AfD geplant. Nachdem starke Proteste gegen die AfD in Köln zu einer Terminabsage führte, musste die Veranstaltung in Dortmund aufgrund von neonazistischen Ausschreitungen abgebrochen werden. Ob sich an der UDE eine friedlichere Umsetzung ergeben hätte, bleibt fraglich.

Ausnahme für Christian Lindner

Die Entscheidung des Gebäudemanagements sei für das Referat für Hochschulpolitik nicht nachvollziehbar. Auch, weil Christian Lindner am 18. März einen Soloauftritt hinlegte, auf den die entsprechenden Begründungen nicht zugetroffen haben sollen. So erklärt Pressesprecherin Beate Kostka: „Die Fakultät für Physik hatte Herrn Lindner deshalb als prominenten Gastredner geladen, damit er anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Studiengangs Energy Science aus eigener Erfahrung berichten konnte, wie geeignet diese Branche für den Berufseinstieg ist.“

Das Thema der damaligen Veranstaltung war „Energie der Zukunft – Gibt es in Deutschland genug Experten?“. Laut Internetauftritt der Fakultät Physik ging es „u. a. um Energieversorgungskonzepte in der hochtechnisierten Gesellschaft, optimale Energieerzeugung, ressourcenschonende Nutzung und effiziente Speicherung“. Lindner selbst habe sich der Frage „[w]arum Deutschland bei der Energie ein Update braucht“ widmen wollen. Zwar handelte es sich hierbei nicht um eine Veranstaltung einer politischen Partei. Dass das hier trotzdem ein Ort für Wahlwerbung war, wird klar, wenn man die aktuellen Schwerpunkte der FDP-NRW betrachtet (akduell berichtete).

So lautet eines der drei Hauptthemen „Moderne Energiepolitik“. Weiter ist im Wahlprogramm etwa die Rede von einer „Förderung effizienter Technologien“, der „Energiewende“ in NRW, so-

Europa taumelt



Zwischen Jubel und Kritik. Wir blicken auf aktuelle europäische Bewegungen. Mehr auf **Seite 4/5**

Antisemitismus heute



Hass auf Jüd*innen: Ein Problem der Gesellschaft. Der Veranstaltungsbericht auf **Seite 7**

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: www.akduell.de. Auf Facebook findet ihr uns unter www.facebook.com/akduell/ und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

wie der „Entwicklung von Speichertechnologien“. „[D]ie von den Hochschulen und Forschungseinrichtungen in eigener Verantwortung entwickelten und profilierten Forschungsschwerpunkte solle gezielt weiter“ gestärkt werden. Schnittstellen zwischen Vortragsthema und Wahlprogramm bestehen, eine politische Beeinflussung der Gäste durch Lindner ist damit nicht unwahrscheinlich. Die UDE sah diesen Konflikt nicht, obwohl Christian Lindner in seiner öffentlichen Funktion als Fraktionsspitze im Landtag NRW fungiert.

Jetzt erst recht

Die geplante Podiumsdiskussion wird dennoch stattfinden. Mit dem Studierendenwohnheim „Die Brücke“ wurde ein Veranstaltungsort in unmittelbarer Nähe des Campus Essen gefunden. Als Parteivertreter*innen konnten Dietmar Bell (SPD), Dr. Stefan Berger (CDU), Andrea Wörle (Grüne), Simon Kell (FDP), Joachim Paul (Piraten) und Sonja Neuhaus (Linke) gewonnen werden. Am Donnerstag, 11. Mai, um 16 Uhr geht es los. Im Fokus sollen bildungspolitische Themen stehen.

Stellungnahmen des Rektorats, des Kanzlers sowie des Gebäudemanagements lagen bis Redaktionsschluss nicht vor. **[caro]**

Zwischen Stille und Gebet

Wir gedenken.

Am 8. Mai 1945 trat die Kapitulation der Wehrmacht in Kraft. In vielen Ländern gilt der Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus in Europa als Gedenktag. Wir gedenken denjenigen, die nicht befreit, sondern ermordet wurden. Mindestens 21 Menschen wurden im von den Nazis so genannten „Judenhaus“ an der Maschinenstraße 19 in Essen – auf dem heutigen Campus – zusammengetrieben und anschließend deportiert. 2009 ließ die UDE Stolpersteine für sie verlegen. Dies sind ihre Namen. Sie sind nicht vergessen.

Moritz Mosbach, *1884, 1941 nach Minsk deportiert, ermordet;
Sophie Mosbach, geb. Levy, *1884, 1941 nach Minsk deportiert, ermordet;
Kurt Mosbach, *1932, 1941 nach Minsk deportiert, ermordet.

Karl Waag, *1883, 1943 nach Auschwitz deportiert, ermordet;
Paula Waag, geb. Rosenberg, *1883, 1943 nach Auschwitz deportiert, ermordet;
Kurt Waag, *1919, 1943 nach Auschwitz deportiert, ermordet;
Marianne Waag, geb. Hühnerberg, *1925, 1943 nach Auschwitz deportiert, ermordet;
Bruno Waag, *1921, 1943 nach Auschwitz deportiert, ermordet.

Gustav Hühnerberg, *1881, 1842 nach Izbica deportiert, ermordet 1943;
Sofie Hühnerberg, geb. Neufeld, *1890, 1942 nach Izbica deportiert, ermordet 1943;
Else Hühnerberg, *1921, 1942 nach Izbica deportiert, ermordet 1943.

Julius Steinberg, *1874, 1943 nach Auschwitz deportiert, ermordet;
Selma Steinberg, geb. Leirson, *1879, 1943 nach Auschwitz deportiert, ermordet;
Alfred Steinberg, *1906, 1943 nach Auschwitz deportiert, ermordet.

Hugo Levisohn, *1882, 1943 nach Auschwitz, deportiert, ermordet;
Gertrud Levisohn, *1894, 1943 nach Auschwitz deportiert, ermordet.

Hermann Jena, *1888, 1943 nach Auschwitz deportiert, ermordet;
Emmy Jena, geb. Stammhalter, *1894, 1943 nach Auschwitz deportiert, ermordet.

Ewald Herz, *1910, 1943 nach Mauthausen deportiert, ermordet.

David Cahn, *1884, 1943 nach Auschwitz deportiert, ermordet;
Hedwig Cahn, geb. Marcus, *1886, 1943 nach Auschwitz deportiert, ermordet.



An der UDE soll ein Raum der Stille und des Gebets entstehen. Transparenz läuft die Planung aber nicht. (Foto: fro)

Seit über einem Jahr ist der muslimische Gebetsraum am Essener Campus geschlossen (aktuell berichtete). Nun plant eine neue Initiative für interreligiösen und interkulturellen Dialog (IfiiD) – eine Kooperation aus verschiedenen hochschulpolitischen Referaten und Studierenden – einen Raum der Stille und des Gebets. Kritisch zu betrachten ist, dass auch der Verein türkischer Studenten an den Gesprächen beteiligt ist.

„Das Ziel der Initiative soll darin bestehen, den interreligiösen Dialog an der Universität zu fördern und zu einem nachhaltig respektvollen Umgang beizutragen“, heißt es in einem Protokoll zur Konzeptplanung des Raumes, das der aktuell vorliegt. Wann genau der Raum der Stille und des Gebets fertiggestellt sein wird, steht noch nicht fest. „Er soll im Zuge von noch durchzuführenden Baumaßnahmen entstehen“, so Beate Kostka, UDE-Pressesprecherin. Die Universität begrüßt die Pläne der IfiiD, einen konfessionsübergreifenden Raum der Stille einrichten zu wollen. Bis ein fester Raum etabliert wurde, stelle der AStA den Raum LF024 in Duisburg zur Verfügung. Im Koalitionsvertrag plante die Studierendenvertretung noch einen Raum der Stille – warum nun der Zusatz „und des Gebets“ hinzugefügt wurde, bleibt unbeantwortet. Aus welchem Topf die 5.000 Euro gezahlt werden, die der AStA der IfiiD für den Raum zur Verfügung stellen möchte, ist ebenfalls noch unklar.

„Wenn der Raum der Stille in greifbare Nähe rückt, wird die Hochschulleitung auch die ersten Nutzungsbedingungen klären“, so Kostka. Eine Raumordnung für den vorläufigen Raum gibt erste Anhaltspunkte. Der Raum solle dem alleinigen Ziel dienen, „den Mitgliedern der Universität [...] aller Glaubensrichtungen und Weltanschauungen einen Rückzugsort zu bieten und die ungestörte Religionsausübung [...] zu ermöglichen.“ Im Sinne der Neutralität solle es untersagt sein, den Raum mit religiösen Symbolen auszustatten. Auch werden die Raumbesuchenden aufgefordert, Rücksicht auf andere Nutzer*innen zu nehmen. Inwiefern religiöse Waschungen oder eine Geschlechtertrennung praktiziert werden dürfen, ist den Dokumenten nicht zu entnehmen. Weder das Referat für Sozialpolitik,

das Referat für Hochschulpolitik, der Islamische Studierendenbund Essen und das Internationale Referat, die unter anderem innerhalb der Initiative vertreten sind, noch die IfiiD selbst haben bis Redaktionsschluss Rückmeldung gegeben. Ein transparentes Verfahren über die Planungen scheint nicht im Interesse der Vertreter*innen zu sein. Auch der Islamische Studierenden Verein Duisburg und Pfarrerin Claudia Andrews von der Evangelischen Studierendengemeinde Duisburg-Essen waren an den Gesprächen beteiligt.

Wie der vorläufigen Raumordnung zu entnehmen ist, können nach einer Zustimmung durch die IfiiD auch Veranstaltungen durchgeführt werden. Voraussetzung ist, dass auf die religiösen Gefühle Anderer geachtet und Toleranz geübt werde.

Dialog mit dem Verein türkischer Studenten

Neben verschiedenen hochschulpolitischen Referaten und islamischen Studierendenverbänden hat laut Protokoll auch ein Vertreter des Vereins türkischer Studenten an der Planungssitzung vom 20. April teilgenommen. Im vergangenen Jahr sorgte der Verein für ein bundesweites Medienecho: Nachdem der deutsche Bundestag in einer Resolution den Völkermord des Osmanischen Reiches in den Jahren 1915/16 an den Armenier*innen offiziell als Genozid bezeichnet hatte (aktuell berichtete), organisierte der Verein türkischer Studenten an der Universität Duisburg-Essen einen Vortrag diesbezüglich. Mit dem Referenten Şahin Ali Söylemezoğlu lud der Verein einen Völkermord-Leugner ein, der in der Vergangenheit schon häufiger mit derlei Aussagen auffiel. Er veröffentlichte ein Buch, das mit pseudowissenschaftlichen Beweisen versucht, die Schuld am Völkermord zu negieren (aktuell berichtete). In der Türkei wird das Massaker an den Armenier*innen in geschichtsrevisionistischer Manier noch immer nicht als Genozid bezeichnet. In türkischen Schulbüchern wird behauptet, Armenier*innen seien während des Ersten Weltkrieges in sichere Gebiete umgesiedelt worden. Inwiefern die hochschulpolitischen Referate und restlichen Vertreter*innen der Initiative dem Verein türkischer Studenten kritisch gegenüberstehen, blieb trotz Anfrage der aktuell unbeantwortet. [fro]

Stiefkind des Superwahljahres

In diesen Tagen lohnt der Blick in den Briefkasten: Die Sozialwahl steht an. Noch nichts davon gehört? Sie ist schließlich mit 5,1 Millionen Wahlberechtigten die drittgrößte Wahl in Deutschland, nach der Bundestags- und der Europawahl. Da es eine reine Briefwahl ist, bekommen die Versicherten vom 25. April bis zum 11. Mai die Wahlunterlagen zugeschiedt. Bis zum 31. Mai darf gewählt werden. Aber wen und vor allem warum?

„Wer Beiträge einzahlt oder eingezahlt hat, der soll auch mitbestimmen.“, heißt es auf der Homepage der Sozialwahl. Alle sechs Jahre dürfen die Versicherten der gesetzlichen Ersatzkassen und der Rentenversicherung Bund und Saarland ihre ehrenamtlich engagierten Vertreter*innen in den Selbstverwaltungsgremien wählen. Zu den Ersatzkassen gehören die Barmer, die Techniker Krankenkasse, Dak-Gesundheit, Kaufmännische Krankenkasse und Handelskrankenkasse. Im Sozialgesetzbuch ist festgelegt, dass die Sozialversicherungsträger eine dem Staat gegenüber eigenständige Ver-

waltung haben. Die Versicherten und Arbeitgeber*innen sollen selbst mitwirken.

Der Staat trägt letztendlich die politische Verantwortung für die Ausgestaltung der sozialen Sicherung und der Gesundheitsversorgung, jedoch liegt die Durchführungsverantwortung in der Selbstverwaltung. Darin sieht der Staat erstens eine sachgerechtere Entscheidungsfindung bei den Bedürfnissen der Menschen und zweitens dient die Selbstverwaltung als Entlastung für den Staat. Dabei spielt ein Gremium eine wichtige Rolle. Letztendlich wählen die Versicherten ihre Vertreter*innen für das Parlament der jeweiligen Sozialversicherungsträger, ihrer Krankenkasse zugehörig. Das Parlament dient einer Unternehmensaufsicht, ähnlich wie ein Aufsichtsrat in Wirtschaftsunternehmen. Es wählt den Vorstand und ist an wesentlichen Entscheidungen beteiligt, wie zum Beispiel welche Leistungen von Kassen übernommen werden. Wie in anderen Parlamenten auch ist die Arbeit in Ausschüssen organisiert. Diese Systematik stößt auch auf Kritik.

Intransparenz für die Wähler*innen

Vielen Versicherten ist die Relevanz der Wahl nicht bewusst. Und das wird sich für dieses Jahr wohl kaum ändern, auch wenn die mediale Präsenz erheblich zugenommen hat. Kritiker*innen ist die Wahl nicht transparent genug beziehungsweise würden die Versicherten nicht genau wissen, wen sie wählen. Denn die Delegierten für das Parlament werden von den Versicherten nicht wie in einer Urwahl direkt gewählt, sondern die Kandidaten*innen stehen (in Listen organisiert) zur Wahl. Bundeswahlbeauftragte Rita Pawelski erklärt im Interview mit dem *Mitteldeutschen Rundfunk* zum Thema Transparenz: „Die meisten Sitzungen der Verwaltungsräte der Versicherungen sind öffentlich, da kann jeder Interessierte teilnehmen. Dazu gibt es Informationen auf der Webseite der Versicherungen und man kann die Selbstverwalter auch direkt ansprechen, wenn es Probleme mit der Krankenkasse gibt.“ Bei der Techniker Krankenkasse beispielsweise stehen fünf Listen zur Wahl. Unter anderem eine unabhängige Versichertengemeinschaft oder auch eine Liste der IG Metall und eine der katholischen Arbeitnehmer-Bewegung.

Was die einzelnen Listen, auch der anderen Kassen, im Einzelnen für Forderungen haben, kann man online einsehen, wobei manche Forderungen sehr ungenau sind. So erklärt die unabhängige Versichertengemeinschaft,

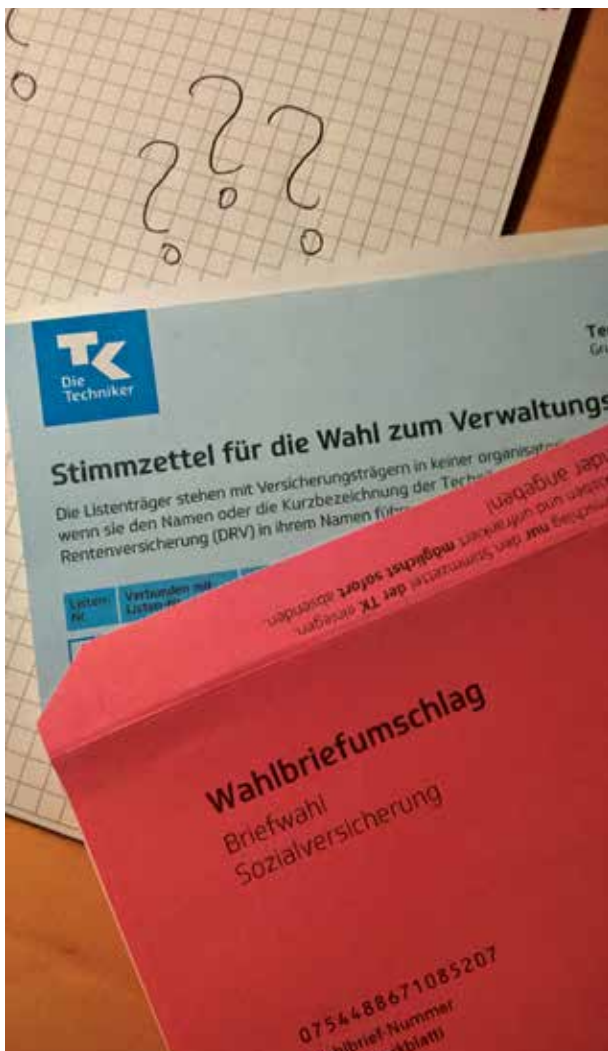
die sich für das Parlament der Techniker Krankenkasse bewirbt: „Eine umfassende und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung zu bezahlbaren Beiträgen für alle Versicherten.“ Oder auch: „Der medizinische Fortschritt muss allen Versicherten zur Verfügung stehen.“

Die Wahl gilt als reformbedürftig und in der Vergangenheit wurden bereits Änderungen an der Wahl vorgeschlagen. So auch von der Bundeswahlbeauftragten Rita Pawelski. Sie erklärt im Interview mit dem *MDR* zum Thema Urwahl: „Wenn die Gremien erstmal arbeiten, machen sie alle einen guten Job. Das sind Ehrenamtliche, die sich für andere engagieren. Ob die über eine Urwahl gewählt wurden oder über eine Liste der Gewerkschaft bestimmt wurden, ist da zweitrangig. Aber es ist schon ein Unterschied, ob man die Versicherten direkt wählen lässt, wer in dem Gremium sitzen soll. Wenn die Parteien bei Landtags- oder Bundestagswahlen ihre Abgeordneten allein ausklügeln würden, würden alle sagen, das ist das Ende der Demokratie.“ Bestrebungen seitens der Bundesregierung gab es durchaus. So sahen Pläne beispielsweise eine Onlinewahl oder auch die beschriebene Urwahl einzuführen und den Frauenanteil in den Parlamenten zu erhöhen, dieser liegt derzeit bei etwa 18 Prozent. Laut *Spiegel Online* lief die Frist für den Gesetzentwurf 2015 ab. Nicht nur die Versicherten entscheiden wer in die Gremien einzieht, einen gleichen Anteil entsenden auch die Arbeitgebenden. Aber es nehmen sich bei Weitem nicht alle Krankenkasse an der Sozialwahl teil.

Stichwort Friedenswahl

Bei vielen Kassen treten nicht mehr Kandidat*innen an, als es Sitze in den Gremien gibt. Dabei machen die zu wählenden Listen aus Versichertenverbänden oder auch Gewerkschaften die Sitze zusammen mit den Arbeitgebenden unter sich aus. Bei der sogenannten Friedenswahl hat der*die Versicherte de facto keine Entscheidungsgewalt und der demokratische Gedanke greift dort keineswegs. Das kritisiert auch Pawelski: „Ich sehe keine stichhaltigen Argumente für ihre Verweigerung. [...] Ich hoffe, dass bei der nächsten Wahl noch viele Krankenkassen dazukommen. Die Urwahl sollte ein Grundrecht der Versicherten sein. Sie bestimmen dabei mit ihrem Kreuz, wer am Ende in den Vertretergremien sitzt und über ihre Interessen mitentscheidet.“

Auch allen Reformbestrebungen zum Trotz wird das der jetzigen Wahl keinen Schub der Wahlbeteiligung geben. Solange die Abstimmung so durchgeführt wird und auch nicht alle Krankenkassen der demokratischen Wahl geöffnet sind, wird der Wahlbescheid bei vielen Versicherten im Altpapier landen. Dabei würde sich der Blick in den Briefkasten durchaus lohnen. Der Sinn der Sozialwahl ist durchaus ein guter. [mehu]



Neben der Bundestags- und Europawahl die drittgrößte Wahl in Deutschland: Die Sozialwahl. (Foto: mehu)

Frühling im deutschen Europa



In einer Reihe: Beim Pulse of Europe-Flashmob in Essen. (Archivfoto: mac)

Am 9. Mai ist „Europatag“. An diesem feiert die Europäische Union (EU) den 1950 vom ehemaligen französischen Außenminister Robert Schuman gemachten Vorschlag für ein vereintes Europa – also den Startschuss für den heutigen Staatenverbund. An diesem 67. Jubiläum ist gerade der befürchtete Frexit unter Marine Le Pen (Front National) abgewendet; der Brexit beschlossen; vor dem Kontinent ertrinken weiter tausende Menschen; der Rechtsruck schreitet voran. In Deutschland gehen derweil Menschen für Europa auf die Straße und schreiben ein Manifest. Zwischen den kritischen Stimmen bei der Konferenz „Europe turn left!“ in Duisburg und den Flashmobs von Pulse of Europe in Essen.

Mit blauen, weißen und roten Schildern kamen sie am Sonntag, 7. Mai, in 40 Städten zusammen: Die Demonstrierenden bei Pulse of Europe. Etwa 250 Menschen haben auch in Essen mit dem Blick nach Frankreich die Nationalflagge als Stoffbahnen ausgerollt. Denn heute sollte sich das Rennen um das Präsident*innenamt zwischen dem parteilosen Pro-EU-Bewerber Emmanuel Macron und der EU-Gegnerin Marine Le Pen vom extrem rechten Front National entscheiden.

Beim Wahlergebnis werden viele von den EU-Fahnen-schwenkenden Protestierenden aufgeatmet haben. Macron, der ehemalige Wirtschaftsminister unter François Hollande, gewinnt mit 65,8 Prozent der Stimmen. Pulse of Europe hatte sich einst explizit gegründet, um gegen EU-Gegner*innen wie Le Pen und dem niederländischen Rechtspopulisten Geert

Wilders mobil zu machen. So heißt es in den zehn Grundthesen der Bürger*innenbewegung: „Wir sind überzeugt, dass die Zahl der Menschen, die der europäischen Idee positiv gegenüberstehen, viel größer ist als die der Europa-Gegner.“ Auf den Demonstrationen wurde wochenlang in den jeweiligen Landessprachen Französisch und Niederländisch der Spruch „Bleib bei uns“ auf Bannern gezeigt.

Nach Trump gegen Nationalismus?

Aber wofür laufen die – zumeist mittelalten oder älteren – Demonstrierenden seit Dezember 2016 durch die Straßen? Gegründet wurde die Bewegung von den Frankfurter Rechtsanwält*innen Daniel und Sabine Röder. Sie entwickelten am Tag nach der Trump-Wahl in den USA das Konzept und die zehn Thesen

der Demonstrationen. Diese rufen zu Frieden, Verantwortung sowie der Abstimmung bei Wahlen auf; setzen sich für Rechtsstaatlichkeit und Freizügigkeit innerhalb der EU ein; betonen Vielfalt und die Notwendigkeit von Reformen und fordern das Ernstnehmen von Misstrauen gegenüber der EU. Europa wird dabei als Synonym für EU verwendet – tatsächlich geht es vor allem um die Rechte im Staatenverbund. „Alle“ sollen bei der überparteilichen zivilgesellschaftlichen Initiative mitmachen können.

Etwa 100.000 Menschen gefällt Pulse of Europe mittlerweile auf Facebook, laut Webseite gibt es offizielle Ableger in 85 deutschen und 32 weiteren Städten in Europa wie Frankreich, Großbritannien, Albanien und Spanien. Die wöchentlichen sonntagmittags Kundgebungen sind durchchoreographiert. Zu Beginn werden Reden der Organisator*innen oder Gäste gehalten, dann Auszüge aus den zehn Thesen vorgelesen, am offenen Mikrofon Meinungen zu „Europa“ gesammelt und zum Abschluss ein Flashmob organisiert. Man hält sich zur Europa-Hymne an den Händen. Dazu werden die blauen Europa-Fahnen mit den aus Sternen geformten Kreisen geschwungen.

Wohlfühlen in Königsblau

Kritisiert werden an Pulse of Europe die formulierten Thesen und die fehlende Kritik an der EU. So heißt es in der siebten These zwar, Reformen seien notwendig und „Europa muss erhalten werden, damit es verbessert werden kann“. Konkrete Vorschläge gibt es jedoch nicht. Kritik an der von der EU und Deutschland geforderten existenzbedrohenden Sparpolitik im Süden des Verbundes oder an der Abschottung der Außengrenzen bleibt aus. Von den Organisator*innen in Essen hieß es, man mache keine Tagespolitik – wobei auch das nicht stimmt. Immer wieder werden auf den Demonstrationen aktuelle Themen angesprochen. Nach den Landtagswahlen in NRW will Pulse of Europe in Essen nicht mehr wöchentlich sondern monatlich flashmobben.

Szenenwechsel. Die 170 Meter lange und 35 Meter breite Kraftzentrale im Duisburger Landschaftspark ist mit Stimmengewirr

Was sind überhaupt Europa und die EU?

Europa ist ein Subkontinent Eurasiens mit etwa 700 Millionen Einwohner*innen. Dabei gibt es keine festgelegten Grenzen von Europa – die meisten weisen das Gebiet von den portugiesischen Azoren im Westen bis zum Uralgebirge in Russland im Osten sowie dem Kap Fligely im Norden Russlands und der Insel Gavdos in Griechenland aus. Häufig wird Europa semantisch auf die Europäische Union verkürzt.

Die **Europäische Union** ist ein Staatenverbund

von derzeit 28 Mitgliedstaaten mit etwa 500 Millionen Einwohner*innen. Politisch organisiert wird die EU sowohl zwischenstaatlich als auch überstaatlich. Im Europäischen Rat, dem Gremium der Staats- und Regierungschef und im Rat der Europäischen Union, der Staatenkammer, (beide in Brüssel) sind die einzelnen Länderregierungen vertreten. Das Europäische Parlament (in Straßburg) hingegen wird alle fünf Jahre direkt gewählt. Die Kommissar*innen der EU-Kommission (Brüssel), die der Regierung eines Staates ähnelt, werden von den einzelnen Regierungen nominiert und vom Parlament bestätigt. Die EU

verfügt über eine eigene Zentralbank (Frankfurt am Main) sowie über Gerichts- und Rechnungshof (beide in Luxemburg).

Vorläufer der EU war die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die durch Unterzeichnung der Römischen Verträge 1957 von Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, den Niederlanden und der BRD gegründet wurde. 1992 wurde mit dem Vertrag von Maastricht die EU gegründet. 2002 der Euro eingeführt. Am 23. Juni 2016 stimmte eine knappe Mehrheit im Vereinigten Königreich Großbritanniens und Nordirlands für den ersten Austritt aus der EU (Brexit).

erfüllt. Gegenüber Pulse of Europe fällt der Altersdurchschnitt drastisch. 1.000 vor allem junge Menschen aus Europa sind vom 7. bis 9. April zur Konferenz „Europe turn left!“ zusammen gekommen. Bei schönem Frühlingswetter schweben Seifenblasen vor der Halle, Jugendliche in gepolsterten Sumō-Kämpfer-Anzügen schicken sich gegenseitig auf die Matten, europäische Rechtspopulist*innen bekommen beim Dosenwerfen eins auf die Nase.

Sozialist*innen legen Finger in die Wunden

Die dominierenden Farben sind aber nicht Blau und Gelb sondern Rot und Schwarz. Denn hier sind vor allem junge Sozialist*innen anwesend: vom SPD-Jugendverband Jusos, der Sozialistischen Jugend Deutschlands – die Falken, der DGB-Jugend NRW und der Sozialdemokratischen Partei Europas (PES). Auch hier versteht man sich als pro-europäisch – aber weitaus kritischer. Die vier Podiumsdiskussionen am 9. April legten den Finger in die ausgemachten Wunden der EU. Gesprochen wurde über Neoliberalismus, die Festung Europa, den Rechtsruck und soziale Bewegungen gegen die drei politischen Richtungen und Praxen.

Rausgekommen ist neben Vernetzung ein „Europamanifest“, das die Positionen der Konferenz nach Brüssel tragen soll. Und das ist – im Gegensatz zu etwa Pulse of Europe – links und kritisch. „Unser Manifest ist eben nicht nur eine Affirmation à la ‚die EU ist so gut‘ und ‚wir freuen uns, dass wir Erasmus haben‘, sondern wir müssen Europa wirklich von unten denken und die soziale Frage wieder stellen“, so Josephin Tischner, Bundesvorsitzende der Falken.

Zu Beginn steht eine Klarstellung: „Ja, wir sind pro-europäisch.“ Danach zählt das Manifest jedoch auf, welches Europa nicht das der Sozialist*innen sei, etwa: „Ein Europa, das die Freiheit des Kapitals vor die sozialen und demokratischen Rechte der arbeitenden Menschen stellt, ist nicht unser Europa.“ (Anm. d. Redaktion: Übersetzt aus dem Englischen.) Es folgen konkrete Forderungen: Das Ende der Austerität und ein progressiver solidarischer Pakt, das Recht auf Bildung und Arbeit für alle jungen Menschen, Investitionen in die Zukunft der Jugendlichen, ein europäischer Mindestlohn und eine Arbeitsverfassung sowie das Ende der Abschottung mit sofortigen Rettungsmissionen im Mittelmeer sowie sicheren Fluchtrouten. Beendet wird das Manifest mit den Worten, dass ein anderes Europa möglich, eine andere Welt notwendig sei.

Applaus für die Partei-Oberhäupter

Dieses andere Europa – dafür stehen SPD-Bundeskanzlerkandidat Martin Schulz und NRW-Ministerpräsidentin Hannelo-



*Auf die Nase! Rechtspopulist*innen sind auch bei „Europe turn left!“ erklärte Gegner*innen. (Foto: mac)*

re Kraft eher nicht. Schulz, einst Kritiker der Austerität, dann Befürworter der Griechenland vorgeschriebenen Sparpolitik und Kraft, die Abschiebungen nach Afghanistan hinimmt und einen Wohnsitzzwang für Geflüchtete innerhalb NRW durchsetzte. Trotzdem bekamen die beiden Parteigesichter im Landschaftspark stehenden Applaus von hunderten Jugendlichen. Viele von ihnen waren Jusos, manche gar mit Schulz-Jutebeutel mit dem Schriftzug „Straight outta Würselen“ auf der Schulter.

Jannika Hansen, eine Organisatorin der Konferenz, findet dafür beschwichtigende Töne: „Wenn man in einer Koalition ist, kann man die Entscheidungen nicht alleine treffen, sondern muss auf einen Nenner kommen“, so das SPD-Mitglied aus dem Juso-Landesbüro in NRW. Man wolle aber, dass die europäische Jugend gehört wird. Falken-Vorsitzende Tischner sieht den Besuch der SPD-Spitzen pragmatischer: „Wenn am Ende der Kapitalismus mehr Druck macht als wir, dann kann man noch so eine gute Haltung haben, dann ändert sich an der Politik nichts.“ Ihre Kritik soll ankommen – ganz oben.

Zwei neue Zusammenschlüsse, zwei Mal Europa. Die einen versuchen überparteilich auf der Straße für Europa zu werben, die anderen konkreter durch Einfluss in der Partei Veränderungen zu bewirken. Eins haben sie jedoch gemeinsam: Das Gefühl, etwas tun zu müssen. Eben wegen des Brexits, Rechtsrucks und der EU-Skepsis. „Für Europa geht es jetzt um alles“ sagt Pulse of Europe. „Europe turn left“-Organisatorin Tischner erklärt ihre Motivation mit: „Es hat angefangen zu brennen in Europa. Da müssen wir doch etwas machen“. Ob und was die beiden Bewegungen verändern werden, wird die Zukunft zeigen. [mac]

Bilden!

Bildungskritische Woche



Weniger Raum für ein selbstbestimmtes Studium, mehr Leistungsdruck in einem auf den Arbeitsmarkt zugeschnittenen Studiengang: Seit der Bologna-Reform spüren viele Studierende, dass die derzeitige Studiensituation nicht mit ihren Wünschen übereinstimmt. Im Rahmen der bildungskritischen Woche wollen Studierende das Bildungssystem analysieren und Perspektiven entwickeln, wie man universitäres Lernen stärker interessen-geleitet gestalten kann.

↗ **Dienstag, 9. bis Freitag, 12. Mai, Universität Duisburg-Essen, Campus Duisburg, Forsthausweg 2, nähere Informationen bei Facebook, Eintritt frei**

Ballern!

Sozialarbeiter*innen feiern Sause

Lasset das Bier und andere alkoholische Köstlichkeiten in Strömen von ihren Aufbewahrungsobjekten hinein in durstige Mäuler fließen! Die Fachschaft der Sozialarbeiter*innen veranstaltet eine feuchfröhliche, HANSA zelebrierende Mega-Sause. Den gemeinschaftlichen Umtrunk präferierende Tanzbär*innen können sich auf tosende Bässe freuen, die auch die letzte Laus aus dem Fell schütteln.

↗ **Donnerstag, 11. Mai, ab 22.30 Uhr, Hotel Shanghai, Steeler Str. 33, Eintritt 3 Euro, 5 Euro MVZ**

Beteiligen!

Landtagswahlen

Am Sonntag ist es soweit: 31 Parteien konkurrierten über Wochen und Monate, um ihre Kandidat*innen in den nordrhein-westfälischen Landtag zu schicken. Neben der Linkspartei hat Umfragen zufolge auch die AfD eine real Chance, ins Landesparlament einzuziehen. Auf unserer Homepage findet ihr zu jeder Partei, die in den Landtag kommen könnte, eine kritische Analyse des Wahlprogramms.

↗ **Sonntag, 14. Mai, 8 bis 18 Uhr, im Wahllokal eures Wahlbezirks**

Google an der UDE

Zum wiederholten Mal hat das IDE-Kompetenzzentrum für Innovation und Unternehmensgründung einen Innopreneur in Residence ausgewählt. Diesmal referierte Google-Innovationschef Frederik G. Pferdt am Dienstag, 2. Mai, zum Thema „Innovationspotenzial freisetzen – Zukunft gestalten“. Außerdem startet im Wintersemester der neue Master Innopreneurship sowie eine Chancenkaptalplattform, um „die regionale Start-up-Szene anzuregen“.

Das Audimax in Duisburg war überfüllt mit Anzugtragenden, Securitys warteten an den Eingängen als Pferdt um 17 Uhr, von bunten Animationen begleitet, den Vortrag begann. Als Innopreneur (ein Mischwort aus Innovation und Entrepreneur) spricht er davon, dass Innovation keine einmalige Angelegenheit sei, sondern eine konstante Art zu denken und zu handeln. Pferdt erzählt von einer „gesunden Missachtung des Unmöglichen“ und dass er jeden Tag einen anderen Weg zur Arbeit suche. Zum innovativen Denken gehöre Offenheit und Optimismus, sich von Gewohntem zu lösen, zu experimentieren.

Das müsse auch in der Unternehmenskultur verankert sein. Eine wichtige Bedingung für Innovation sei die emotionale Sicherheit bei den Mitarbeitenden: dass sie naive Fragen stellen dürfen und neue Blickwinkel zugelassen werden sowie dass ihnen empathisch begegnet wird. Räume und Bedingungen müssen geschaffen werden „etwa mit Workshops, Begegnungszonen oder der Garage, einer Tüftelwerkstatt auf dem Firmengelände, um Dinge schnell auszuprobieren“. Auch Vertrauen sei wichtig, das bei Google durch den sofortigen Zugang zu allen Projekten und Daten hergestellt würde und dass auch Vorgesetzte Fehler zugeben. Jede*r Google-Mitarbeiter*in solle sich so als Teil eines gemeinsamen, großen Projektes fühlen. Das moderne, neue Unternehmen Google schaffe es, jedes kreative Potenzial optimal auszuschöpfen und zu verwerten, um immer wieder neue Produkte offerieren zu können.

Innovation außerhalb vom Silicon Valley?

Bei der anschließenden Podiumsdiskussion sitzen neben Pferdt zum Beispiel Georg Kassel, Vorstandsmitglied bei e.on, und Professor Dr. Kaiser, der in NRW drei Unternehmen gründete. Gesprochen wird über die regionale Gründerszene und mögliche Start-up Projekte. Zum Beispiel durch eine Förderung vom Energieriesen e.on, der sich selbst aus der „Comfort-Zone“ heraus im „Change-Prozess“ befinde. Laut Pferdt beeinflusse die Umgebung die Innovationskraft. Jede Region solle sich auf ihre Stärken konzentrieren (diese seien in NRW Großindustrien und eine hohe Arbeitnehmer*innenaktivität). Auch die Rahmenbedingungen seien relevant, schließlich dürfe der Innovationsprozess nicht dauernd von den großen auf kleinere Unternehmen verschoben werden, da sich Größere keinen Fehler

erlauben dürften. Kleinere Unternehmen hätten jedoch nicht die Kapitalausstattung zum Experimentieren, welche dann auf die Wissenschaft verweisen, die wiederum meint, die Aufgabe läge beim Staat, der schlussendlich behauptete, das müssen große Unternehmen regeln. So entstehe ein Kreislauf, in dem niemand innovativ sei. Laut Kaiser sind es auch besonders mittelständische Unternehmen die die Rhein-Ruhr-Landschaft prägen. Schließlich ist man(n) sich einig, dass junge Start-ups in der Region gefördert werden müssen.

Nachhaltigkeit und Parität?

Beim Podium waren ausschließlich Männer geladen. Auch Pferdt kritisiert, dass die IT-Szene männlich dominiert sei und wirft eine Vision von Google als das paritätischste, inklusivste Unternehmen auf. Konkrete Maßnahmen dahingehend werden jedoch nicht genannt. Auf die Frage, was Nachhaltigkeit im Google-Unternehmen bedeute, antwortet Pferdt mit einer Anekdote des Google-Gründers Larry Page, dass jede Innovation, die nicht wie eine Zahnbürste von den Menschen zweimal am Tag benutzt würde, nicht nachhaltig sei.

Der „Dirty Data Report“ von Greenpeace wies 2011 bereits auf den erheblichen Stromverbrauch von Googles Datenzentren hin. Der Konzern für Internet-Dienste bezieht jedoch etwa 50 Prozent seines Stromverbrauchs von erneuerbaren Energien. Doch auch außerhalb des Umweltaspekts weben sich um Google Fragen wie Datenraub und Datenschutz, Download und Urheberrecht, Freiheit und Überwachung. Auch das All-in-One-Arbeitspaket, in dem die Mitarbeitenden mit Essen, Spiel und Sportmöglichkeiten versorgt werden und somit die Grenze von Arbeit und Freizeit vollständig verschwimmt, ist zu kritisieren. Auch das ist Teil der modernen Unternehmenskultur: Beim Umgang mit Mitarbeitenden und bezüglich Innovationskraft wird der Konzern von vielen jedoch immer noch als Vorreiter gesehen. So auch von der Universität Duisburg-Essen, die unter anderem deswegen eingeladen hat.

Wissenschaft und Wirtschaft: Zukunft gestalten?

Die Uni versucht gerade mit verschiedensten Projekten, wie dem „Innovation HUB“, in dessen Rahmen die Veranstaltung stattfand, die Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu sein. Dazu gehören auch die regionalen Start-up-Innovationslabore, die vom Bund und

der EU mit 43 Millionen Euro in NRW gefördert werden. „Sie bieten den Absolventinnen und Absolventen aus den Hochschulen und jungen Start-ups ein maßgeschneidertes Programm, um ihre Gründungsidee zu entwickeln“ so NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD). Außerdem würde notwendiges, branchenspezifisches Know-how und erfahrene Ansprechpartner*innen aus der Wirtschaft vermittelt. Besonderer Fokus liegt auf technologieorientierte Unternehmensgründungen, der Überführung von Ideen zu Produkten.



Google-Innovationschef Dr. Frederik Pferdt referiert regelmäßig zum Thema „Design Thinking“. (Foto: Keng Susumpow/flickr.com/ CC BY 2.0)

Die sich gerade im Aufbau befindende „Chancenkaptalplattform“ der UDE soll Gründenden die Möglichkeit bieten, Kapital aus der Region anzusammeln. Besonders „wissensbasierte Gründungen aus der Universität Duisburg-Essen“ sollen hiermit gefördert werden – auch, um gesellschaftliche Probleme zu lösen (und das Prestige und die Netzwerke der Uni zu vervielfältigen).

Ein gesellschaftliches Problem kann aber zum Beispiel auch das Profitstreben von Unternehmenden sein, das zu Rücksichtslosigkeit führt, Hierarchien am Arbeitsplatz, Machtgefälle zwischen Arbeitgebenden und -nehmenden. Gerade Arbeitnehmer*innen müssen vorgefertigte Jobs annehmen, damit wird ihnen die Möglichkeit genommen, das Unternehmen und damit auch in der Zukunft der Warenwelt mitzureden. Wenn die Frage aufkommt, wer die Zukunft, auch regional, gestaltet, so liegt es hoffentlich nicht weiter nur in der Hand von profitorientierten Unternehmenden oder denjenigen, die an der UDE ab 2017 Innopreneurship studieren. Denn eine zukunftsfähige Gesellschaft sollte vom Wissen aller, nicht nur studierter Menschen, profitieren. [lys]

Antisemitismus: Tief in der Mitte verankert



Armin Langer, Yasmine Souhil und Juliane Wetzel auf dem Podium. (Foto: rod)

Über zwei Stunden sprachen etwa 50 Teilnehmende am vergangenen Dienstag, 2. Mai, am Essener Campus über Antisemitismus im 21. Jahrhundert. Das Internationale Referat hatte dazu Dr. Juliane Wetzel, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin und Armin Langer, Publizist und Student der jüdischen Theologie zur Diskussion eingeladen. Ein Abend mit vielen Erkenntnissen.

Seit Dezember 2014 erfasste der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus die gesamtgesellschaftliche Entwicklung des Antisemitismus anhand diverser Statistiken zu beispielsweise Straftaten und Tendenzen zu antisemitischen Einstellungen in der Bevölkerung. Stellvertretend präsentierte Dr. Juliane Wetzel den Studierenden die Ergebnisse. Auch die Opferperspektive wurde in der diesjährigen Darstellung gewürdigt. Daran angelehnt betonte auch Yasmine Souhil, Referentin des Internationalen Referats, ihre Bedeutung und begründet damit die Einladung von Armin Langer.

Große Zustimmung für israelbezogenen Antisemitismus

Die Veranstaltung begann mit einem Input von Dr. Wetzel zu den Formen des Antisemitismus. Der Begriff beschreibe ausschließlich die „Feindschaft gegen Juden als Juden“. Aus dem Bericht geht hervor, dass der sekundäre Antisemitismus grassiert. Laut dem Expertenkreis gehe es dabei um „Holocaustleugnung, Täter-Opfer-Umkehr, [...] vermeintlich jüdische Vorteile, also Schuldprojektion“, dieser umfasse aber auch die „Anwendung [...] auf Israel im Vergleich mit dem Nationalsozialismus“.

So zog Wetzel auch die Überleitung zu einer weiteren Erscheinung, die gesamtgesellschaftlich verinnerlicht sei: den israelbezogenen Antisemitismus. So heißt es im Bericht: Laut der „FES Mitte-Studie 2014 vertraten 28 Prozent der Befragten die Auffassung, ‚bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat‘. Dieser Wert stieg in der FES-Mitte-Studie 2016 auf 40 Prozent an.“ Offen antisemitische Einstellungen seien derzeit rückläufig, dennoch würden Menschen in der „Mitte der Gesellschaft

bis zu 20 Prozent antisemitischen Aussagen zustimmen.“

Ein Jude in Neukölln

Ein Blick auf antisemitische Straftaten gab wieder, dass diese in 90 Prozent der Fälle auf eine extrem rechte Ideologie zurückzuführen seien. Der Rest gehe auf radikal linke und auf „politisch motivierte Kriminalität (PMK) Ausländer“ zurück. Wetzel kritisierte den Begriff, als sie sagte: „Es geht nicht um Ausländer, sondern um Ideologien“. Außerdem sei in der Statistik besonders auffällig, dass bei Eskalationen im Nahost-Konflikt auch die antisemitischen Übergriffe anstiegen.

Mit einem Fazit schloss Wetzel ihre Ausführungen und gab das Mikro an Armin Langer weiter. Er gab zunächst einen Einblick in seine Biographie und Arbeit mit der 2013 gegründeten Initiative Salaam-Schalom-Initiative. Diese sei entstanden als „Reaktion auf die Debatte, ob Berlin-Neukölln eine Gefahrenzone für Juden ist“. Laut Langer ist dies nicht der Fall, er selbst wohne neben einer Moschee des Dachverbandes Ditib, einer Schwulenkneipe und einem israelischen Café. Er steht für seine Zusammenarbeit mit dem als AKP-nah geltendem Dachverband Ditib in der Kritik.

Rund 200 Mitglieder habe die Initiative mittlerweile. Man bekämpfe gleichermaßen Ressentiments gegen Jüd*innen, Muslim*as und andere Minderheiten. Angesprochen auf die Überschneidungen zwischen Antisemitismus und Antizionismus befand Langer, dass man differenzieren müsse. Eine Karikatur bei der der aktuelle israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu als Blutauger von palästinensischen Kinder dargestellt werde sei „jedenfalls klar antisemitisch“, stellte er fest.

Bildung als Präventionsmaßnahme

Angesprochen auf Boykott-Kampagnen gegen Israel (aktuell berichtete) waren sich beide Referent*innen einig, dass diese „gerade in Deutschland [...] einen hochproblematischen Hintergrund“ hätten. Armin Langer jedoch würde diese nicht „pauschal als antisemitisch bezeichnen“, trotz der zentralen Aufrufe in denen israelische Wissenschaftler*innen boykottiert werden sollten.

Kurzgefasst

Mut zum Bruch mit Standards

Die Internationalen Kurzfilmtage in Oberhausen gehen in diesem Jahr zum 63. Mal über die Bühne. Das Festival gilt weltweit als das älteste seiner Art und ist in der Filmbranche seit jeher renommiert. Es ist die größte internationale Plattform für Filme dieser Kategorie. Als Kurzfilme werden Werke gehandelt, die höchstens 45 Minuten lang sind. Vom 11. bis 16. Mai werden in Oberhausen 499 Kurzfilm aus 58 verschiedenen Ländern vorgestellt. Aus knapp 7.000 Einreichungen konkurrieren wiederum 148 Filme in insgesamt fünf Wettbewerben. Eine bedeutsame Neuerung beim Internationalen Wettbewerb war dabei, dass die Einreichung der Filme zum Wettbewerb erstmals auch per Links möglich war. Dadurch habe es einen Zulauf von 25 Prozent gegeben – vor allem aus Lateinamerika und Afrika. Die Filme, die die Jury überzeugen, werden mit erheblichen Geldsummen dotiert. Insgesamt sind 42.000 Euro während der Festivalwoche zu vergeben.

Geleitet werden die Kurzfilmtage zum 20. Mal von Lars Henrik Graas. Dieser deutete gegenüber der WAZ an wie kritisch er gegenüber der Entwicklung an Filmhochschulen stehe: Es sei „bedenklich“, wie sehr die Hochschulen inzwischen ihre Studierenden auf „standardisierte Formate“ trimmten. Allem voran geht es daher um künstlerische Vielfalt: Von Dokumentarfilmen, über klassische Spielfilme bis hin zu experimentellen Produktionen soll eine breite Auswahl an Formen den Zuschauenden geboten werden. [rat]

Wann? Vom 11. bis 16. Mai

Wo? In diversen Kinos in Oberhausen

Wie viel? Einzeltickets 7,50 Euro (erm. 6 Euro), 6er Karte 38 Euro (erm. 30 Euro) und Festivalpass 90 Euro (erm. 70 Euro)

Nachdem die beiden Gäste über antisemitische Ressentiments referiert hatten, folgte eine Diskussion, die sich um die Prävention vor Antisemitismus drehte. Insbesondere die Frage, ob Sozialarbeit mit den Besuchen von NS-Gedenkstätten eine sinnvolle Maßnahme sei, bewegte die Runde. Dabei stellte Juliane Wetzel eine kuriose Behauptung auf: Der Holocaust habe „nicht in Deutschland stattgefunden“, was sie nach einer scharfen Kritik der Teilnehmenden aber relativierte.

Insgesamt einigten man sich darauf, dass es einen Mangel in der Bildung gebe. Sowohl Lehrer*innen als auch Studierende würden nicht aufgeklärt, was auch im Bericht kritisiert wird. Dem schließt sich die Forderung an, dass es eine breitere Aufklärung und Prävention geben müsse, um dem Thema langfristig zu begegnen. [rod]

Zeitungsredakteur*innen gesucht



Du:

- hast bereits journalistische Erfahrungen oder großes Interesse, journalistisch zu arbeiten?
- hast ein gutes Sprachgefühl und Lust auf Recherchearbeit?
- kannst auch unter Zeitdruck Texte produzieren?
- hast Lust, in einem gleichberechtigten Team mit großer Verantwortung mitzuarbeiten?
- kannst mit Adobe InDesign, Adobe Photoshop und Wordpress umgehen oder bist bereit, dir diese Fähigkeiten zeitnah anzueignen?
- fühlst dich der Studierendenschaft verbunden und engagierst dich gegen Diskriminierung?
- kennst die emanzipatorischen Initiativen und sozialen Bewegungen auf dem Campus und in der Region?
- kennst dich in der regionalen Kulturszene aus oder möchtest dich in diesen Bereich einarbeiten?
- willst mit großem Engagement, mit Kreativität und Eigeninitiative bei einem unabhängigen studentischen Medium mitarbeiten?

Der AStA der Universität Duisburg-Essen sucht zur Verstärkung der aktuell-Redaktion eine*n neue*n Redakteur*in.

akduell-Redakteur*innen werden mit einem festen Rahmenvertrag ausgestattet und über Zeilengeld und ein Produktionshonorar (70 EUR pro Produktion) bezahlt. Außerdem gibt es ein festes Honorar für die Online-Redaktion (30 EUR pro Ausgabe). Während der Vorlesungszeit erscheint aktuell wöchentlich, in der vorlesungsfreien Zeit in der Regel zweiwöchentlich. Die Zeitung wird Montags von fünf Redakteur*innen von 8 bis 16 Uhr produziert, Mittwochs findet eine Redaktionssitzung mit allen Mitgliedern von 12 bis 14 Uhr statt.

Bitte sende deine aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen, gerne mit beigefügten Textproben von dir, bis spätestens Sonntag, **14. Mai 2017** an: vorsitz@asta-due.de

Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Nadine Bendahou u.a.

Projektkoordination: Christian Patz

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Maren Wenzel (mac), Philipp Frohn (fro), Daniel Veutgen (dav), Meiko Huismann (mehu), Sarah Dannehl (caro), Lea Sleimann (lys), Robin Dullinge (rod), Mirjam Ratmann (rat)

V.i.S.d.P.: Philipp Frohn (fro)

Auflage/Druck: 3.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@akduell.de

Web: www.akduell.de

HIRNAKROBATIK

		5		9	1	3	
6		4	5				8
	1			2			
8			4				
5	6	3				8	9
				5			6
			4			2	
	2			9	1		3
		1	3	6	4		

WOHNHEIMGESCHICHTEN

